

Dies academicus

Samstag, 06. Dezember 2014, 10.00 Uhr

Kulturcasino, Bern

Referat von Herrn Regierungsrat Bernhard Pulver
Erziehungsdirektor des Kantons Bern

(Begrüssung)

Sehr geehrter Herr Rektor,

Herr Grossratspräsident.

Sehr geehrte National-, Gross- und
Gemeinderätinnen und –räte,

Meine Damen und Herren,

Es wird Sie kaum überraschen, wenn ich Ihnen
sage, dass ich **stolz** bin auf unsere Universität.

Ich glaube, **das merkt man mir an**, im Grossen
Rat und seinen Kommissionen, an
Veranstaltungen, im Kontakt mit der Universität
selbst, in Interviews.

Gut, jetzt können Sie mir sagen: jeder
Erziehungsdirektor ist wohl stolz auf „seine“

Universität. Das stimmt wohl und das ist auch gut so.

Und doch. Wenn ich genauer hinschaue, so ist viel Grund für Freude:

- Einerseits haben wir eine **sehr gute Zusammenarbeit** zwischen Erziehungsdirektion und Regierungsrat und der Universität.
- Andererseits habe ich aus allen Kontakten auch den Eindruck – bei allen Schwierigkeiten, die sich in so einer Institution auch immer ergeben –, die **Stimmung innerhalb der Universität** sei sehr gut.
- Schliesslich aber ist der Grund für meinen Stolz vor allem in der **Qualität** unserer Universität gegründet. Der Rektor hat schon von diesem Stichwort gesprochen und auch ich möchte darauf eingehen.
- Die **Ergebnisse** der Universität Bern sind hervorragend.

Ihre Beteiligung an Rosetta und dem spektakulären Kometen-Rendez-vous ist dafür eine aktuelle, aber längst nicht die einzige Illustration. Drei Hinweise:

- Auch dieses Jahr sind wieder viel spannende und wichtige **Forschungsergebnisse** unserer Universität bekannt geworden. Ich denke zum Beispiel an jenes internationale Forscherteam unter Berner Leitung, das eine mögliche Alternative zu Antibiotika und damit einen interessanten Ansatz entdeckt hat, das drängende Problem zunehmender Antibiotikaresistenzen anzugehen.
- Dann: Die **Zahl der Studierenden** ist erneut gestiegen, unsere Uni ist nun die drittgrösste der Schweiz. Auch das ist ein Zeichen der Qualität
- Schliesslich: Als einzige Universität in der Schweiz hat Bern gleich **zwei Nationale Forschungsschwerpunkte** zugesprochen erhalten. Der Rektor ist bereits darauf eingegangen.

Wissen Sie, **Bern ist ein kleiner Flecken** auf dem Globus. Rund eine Million Einwohnerinnen und Einwohner. Rund 12 % der Schweiz, etwas mehr als ein Zehntel Promille der Weltbevölkerung.

Und wir haben hier eine der weltbesten Universitäten, die drittgrösste der Schweiz, mit weltweit beachteten Forschungsergebnissen.

Klar, wir sind **nicht nur ein kleiner Flecken** auf diesem Planet, wir sind auch **eine der innovativsten und leistungsfähigsten Gesellschaften** der Welt. Das jährliche Bruttoinlandprodukt pro Bernerin und Berner liegt vorne an der Weltspitze.

Von dort her **überrascht es nicht**, dass wir auch eine hervorragende Universität haben. Von nichts kommt nichts, sagt der Volksmund.

Manchmal nehmen wir solche Dinge aber einfach **zu selbstverständlich** als gegeben hin. Dahinter ist viel Anstrengung viel Leistung.

Und dazu gilt es, Sorge zu tragen. So eine Leistung ist nicht einfach „gottgegeben“. Man muss immer wieder genau schauen, dass die langfristigen Rahmenbedingungen stimmen.

Ich glaube, der **Kanton** leistet dank einigen politischen Anstrengungen in den letzten Jahren seinen Beitrag, um dazu Sorge zu tragen. „**Tue Gutes und sprich davon**“ sei hier das Motto:

- Mit der Stärkung der **Autonomie** durch die letzte Revision des Universitätsgesetzes haben wir sichergestellt, dass die Universität sich positiv und selbständig entwickeln kann. Dass sich Lehre und Forschung entfalten und verstärken können ohne politische Einflussnahme. Gleichzeitig sind mit dem periodischen **Leistungsauftrag** die richtigen politischen Gesamtvorgaben gesetzt.

- Auch der **Kantonsbeitrag** ist stabil im Finanzplan eingesetzt und mit der notwendigen Entwicklung vorgesehen. Somit kann die Universität Bern 2015 mit einem Betrag von über 300 Millionen Franken rechnen.

Das ist **keine Selbstverständlichkeit**. Noch 2012 kürzte die Politik den Staatsbeitrag im Vergleich zum Voranschlag massiv.

Unterdessen hat sich aber der Wind gedreht. Die Anerkennung der Rolle der Universität ist spürbar gestiegen.

Einige mögen sich denken – **endlich!** Es war ja ein offenes Geheimnis: Die Universität Bern erhielt in den letzten Jahren unter allen Volluniversitäten in der Schweiz von ihrem Trägerkanton stets den tiefsten Beitrag pro Studierenden.

In diesem Sinne war aber die **Angebots- und Strukturüberprüfung, kurz ASP**, vom letzten Jahr heilsam, ja ein **Segen**, obgleich sie für manch andere eher ein Fluch darstellte.

Die ASP zeigte nämlich eines deutlich: Bei der Universität Bern durfte und konnte nicht weiter gespart werden. Die Zitrone war ausgepresst. Der Kanton Bern gibt rund 10% weniger aus, als dies im Schnitt die anderen Kantone taten.

Ich sehe daher für die Zukunft **keinen stichhaltigen Grund**, den Beitrag für die Universität Bern zu kürzen und neue Sparrunden zu erzwingen.

Zumal wir den Finanzhaushalt in diesem Jahr deutlich stabilisierten. So konnten wir dem Grossen Rat ein **Budget mit einem Ertragsüberschuss** vorlegen und rechnen auch in den Jahren 2016 bis 2018 mit schwarzen Zahlen. Wir gehören damit zur **Minderheit der Kantone**, die kein Defizit budgetieren.

Das erfreuliche Ergebnis hat sicher auch mit der **guten Konjunktur** zu tun. Aber nicht nur! Die Politik – und ich halte hier ausdrücklich fest: auch die Regierung – hat ihre

Hausaufgaben gemacht und betreibt eine stabile Finanzpolitik. Das positive Ergebnis ist auch auf unsere restriktive Ausgabenpolitik zurückzuführen.

Ich werde als Erziehungsdirektor nun **alles daran setzen, diesen positiven Weg weiterzugehen**. Klares Ziel ist die langsame, aber stetige Erhöhung des Kantonsbeitrags für die Universität Bern auf 316 Millionen Franken bis zum Jahr 2018.

„Tue Gutes und rede darüber“. Das gleiche Motto lässt sich auch auf die Universität Bern übertragen.

Die Universität kann wieder einmal auf ein **sehr erfolgreiches Jahr zurückblicken**.

- So konnte sie ein weiteres Mal die **Drittmittel** steigern. Total flossen 240 Mio. CHF an die Universität, womit nun beinahe ein Drittel des Gesamtaufwandes durch Drittmittel finanziert ist.

- Ein klarer Beleg für den Erfolg ist aber auch der **Ansturm der Studierenden**. Mittlerweile studieren gut 17'000 Frauen und Männer in Bern.
- Und wie erwähnt ist die Universität Bern in der Forschung weiterhin top.

(2. Gewitterwolken)

Die Universität hat demnach ihre Hausaufgaben gemacht. Die Politik ebenfalls. So denken sich nun viele unter Ihnen: **Endlich dürfen wir uns an einem strahlend blauen Himmel erfreuen!**

Meine Damen und Herren, Entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie in diesem Punkt enttäuschen muss.

Leider drohen schon wieder neue Gewitterwolken.

Mit dem JA zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar haben wir uns das Leben selbst verkompliziert,

((Und nicht auszumalen wie kompliziert wir uns das Leben mit einem JA zur „Ecopop-Initiative“

gemacht hätten, denn bereits mit den Folgen zur Masseneinwanderungsinitiative haben wir gerade im Bereich der Universität eigentlich schon genug Sorgen.))

Die Verunsicherung ist immer noch spürbar. Auch 10 Monate nach Volksentscheid vom 9. Februar ist Vieles noch unklar.

Die Initiative verlangt Kontingente. Meine Damen und Herren, das ist eine knifflige Angelegenheit. Unsere Behörden müssten vom Schreibtisch aus entscheiden, wie der Bedarf an Arbeitskräften aussieht. Ob dies überhaupt präzise möglich ist, da habe ich meine Zweifel. Zu mehr Bürokratie führt dieser Ansatz allemal.

Gerade die weltweit vernetzte Universität dürfte unter dieser Zusatzbelastung zu leiden haben.

Ich befürchte deshalb, dass der Volksentscheid vom 9. Februar die Schweizer Wirtschaft als Ganzes und damit auch den Kanton Bern schwächen wird. Und gerade eine starke Universität ist immer international vernetzt.

Ich danke der Universität Bern, dass es ihr gelang, in mehreren Feuerwehrübungen, die schlimmsten Brände zu löschen. Der Studierendenaustausch könnte die Universität mit der Aushandlung von zahlreichen Einzelabkommen grösstenteils retten.

Schlechter sieht es in Hinblick auf das prestigeträchtige Forschungsprogramm „Horizon 2020“ der EU aus.

Die Schweiz darf nur an einem der drei Pfeiler als gleichberechtigter Partner mitmachen. Dieser Pfeiler umfasst den „European Research Council“, der gewissermassen die Champions League der europäischen Forschung darstellt, in welcher die Schweizer Universitäten bisher ganz vorne mitgespielt haben. Das ist ein wichtiger Verhandlungserfolg unserer Unterhändler.

Bei den zwei anderen Pfeilern von „Horizon 2020“ hat die Schweiz dagegen nur noch den Status eines Drittstaates und Schweizer Projektbeteiligungen erhalten keine direkte Finanzierung mehr aus der EU-Förderkasse.

Wichtiger noch als die finanzielle Einbusse bei der Mitwirkung in der europäischen Spitzenforschung

sind die Nachteile beim konkreten wissenschaftlichen Austausch. Es ist für Forscher aus der Schweiz nun deutlich schwieriger, bei gemeinsamen Projekten mit europäischen Partnern die Führung zu übernehmen. Und das ist für Forscherinnen und Forscher ein echtes Problem, das den Standort Bern schwächt.

Als Drittstaat wird unser Land zudem nur noch begrenzt über die Schwerpunkte der europäischen Forschung mitbestimmen können.

Meine Damen und Herren, das ist eine beunruhigende Entwicklung. Falls ausländische Forschende der Schweiz in Zukunft tatsächlich vermehrt den Rücken kehren, so müssen wir zumindest eines tun: unseren einheimischen Nachwuchs besser pflegen. Denn hier sehe ich klares Steigerungspotential. Doch dazu mehr an einem nächsten Dies.

((Seit 1990 bleibt beispielsweise die Anzahl einheimischer Doktorierender ziemlich gleich. Die Anzahl an ausländischen Doktoranden hat sich in der gleichen Zeitspanne hingegen fast vervierfacht.

Wie lässt sich dies erklären?

Ein Grund dafür sind sicher die attraktiven Jobaussichten für junge Akademiker ausserhalb der Universität. Doktorierende verdienen in den meisten Disziplinen deutlich weniger Geld als ihre gleichaltrigen Kolleginnen und Kollegen mit Uniabschluss in der Wirtschaft. Will heissen: Das hohe Niveau der Schweizer Hochschulforschung ist nur möglich, weil viele Nachwuchsforschende aus Europa und aller Welt gewonnen werden können.

Eine andere Ursache für die mangelnde Bereitschaft, eine akademische Karriere anzustreben, sind aber auch die Anstellungsbedingungen: Forschende an der Universität leben in einer ständigen Ungewissheit. Dass Nachwuchsforschende nur eine befristete Stelle haben, während sie sich weiter qualifizieren, liegt in der Natur der Sache. Aber oftmals wird erst sehr spät klar, ob eine weitere akademische Karriere Aussichten auf Erfolg hat oder nicht.

Meine Forderung ist hier klar: Wir brauchen eine frühere und regelmässigerer Selektion. Doktorierende und Postdocs sollen frühzeitig

offene Rückmeldungen über ihr Potenzial für eine akademische Karriere erhalten.

Des Weiteren brauchen wir mehr langfristig angelegte Stellen neben der Professur. Die Schweiz ist noch zu stark vom klassischen Lehrstuhlprinzip geprägt, von der klassischen Idee, einer Professur, die von Nachwuchsforschenden unterstützt wird. Aber an modernen Universitäten gibt es auch viele wichtige akademische und wissenschaftliche Aufgaben, die sinnvollerweise weder den Professorinnen und Professoren noch den Nachwuchskräften während der Qualifikation übertragen werden sollen.

Ich habe die Universitätsleitung gebeten, Ihre Überlegungen zu den verschiedenen Personalkategorien und Funktionen in diesem Sinne voranzutreiben, zu prüfen, ob sie noch zeitgemäss sind und gegebenenfalls neue Arten von Anstellungen vorzuschlagen. Dabei wird es sicher sinnvoll sein, von den Erfahrungen anderer Schweizer Hochschulen zu profitieren und sich mit diesen auszutauschen.))

(3. HFKG)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf eine letzte Entwicklung eingehen: Auf den 1. Januar 2015 soll das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz, kurz HFKG, in Kraft treten.

Mit dem neuen Gesetz, wird nach jahrelanger Vorarbeit ein neuer, gemeinsamer Rahmen für Bund und Kantone geschaffen, um den gesamtschweizerischen Hochschulbereich gemeinsam zu steuern und damit die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Meine Damen und Herren, ich bin mir bewusst: das neue Gesetz setzt nicht nur Hochgefühle frei und viele vertreten eine kritische Position gegenüber dem HFKG. Mit gutem Recht fragt sich womöglich manch einer hier im Saal: Warum ist denn ein neues Gesetz überhaupt notwendig? Hat denn die Koordination im Hochschulbereich bis anhin nicht ziemlich gut funktioniert?

Ich kann solch kritische Fragen rund ums HFKG gut verstehen. Auch ich setze in einigen Punkten meine Fragezeichen.

Da ist zum einen die Gefahr einer überbordenden Bürokratie. Künftig wird es etwa vom Verdikt eines Akkreditierungsrats abhängen, ob eine Institution den Namen „Universität“ tragen darf oder nicht. Das mag für Neugründungen seine Berechtigung haben, aber beim Beispiel Bern müsste im Grunde sofort klar sein, dass die Universität eine Universität ist, mittlerweile immerhin schon seit 180 Jahren!

Ich bin innerhalb der entsprechenden Gremien – SUK und künftige Hochschulkonferenz – daran, mich dafür einzusetzen, dass rund um die Akkreditierung kein neuer administrativer Leerlauf produziert wird. Die Vorschläge des Schweizerischen Wissenschaftsrates – das vertiefte Akkreditierungsverfahren nur für neue Institutionen anzuwenden und bereits akkreditierte Hochschulen einem vereinfachten Verfahren zu unterstellen, scheint mir ein spannender Ansatz, für den ich mich derzeit einsetze.

Ich sehe aber im neuen Gesetz durchaus auch eine Chance. Wir können die neue Gesetzgebung dazu nutzen, bei der EDK Aufgaben und damit auch Administration abzubauen. Und: Der grösste

Gewinn des HFKG liegt meiner Meinung nach in der besseren Koordination der ganzen Hochschullandschaft der Schweiz. So gibt es künftig einheitliche hochschulpolitische Organe für den ganzen Hochschulbereich. Von dieser Bündelung der Kräfte könnte die ganze Hochschullandschaft und letzten Endes auch die Universität Bern profitieren.

(Schluss)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und da wir uns bald am Jahresende und damit in der Zeit der guten Vorsätze angelangt sind, verrate ich Ihnen noch meine Vorsätze für die Universität für das Jahr 2015.

Im Grunde habe ich nur einen Vorsatz: Seit eineinhalb Jahren befindet sich die Politik gegenüber der Universität Bern endlich auf Kurs. Sie hat sich durchgerungen, der Universität den ihr zustehenden Staatsbeitrag zu geben, mit dem sie ihren gesetzlich festgeschriebenen Auftrag erfüllen kann.

Mein Vorsatz als Erziehungsdirektor für das nächste Jahr ist es, diesen positiv eingeschlagenen Weg unbedingt weiterzugehen und zu verteidigen.

Ich werde mich gezielt einsetzen für die angemessene Erhöhung des Staatsbeitrags. Gleichzeitig werde ich aber auch für gute Rahmenbedingungen eintreten, insbesondere für bessere Perspektiven für den akademischen Nachwuchs.

An dieser Stelle bleibt mir nur noch der Dank. Der Dank für Ihre grossartige Arbeit

Allen voran der Universitätsleitung mit ihrem Rektor, Herrn Prof. Dr. Täuber

Dem Senat,

den Fakultäten mit ihren Dekanen und ihren Professorinnen und Professoren

dem Mittelbau und allen übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universität

und natürlich auch den Studentinnen und
Studenten!

Vielen Dank!